

Sonderwort von Olaf Thomas Opelt vom 12.02.2020

Offener Brief an das Bundestagsmitglied Herrn Axel Fischer

Hallo Menschen,

aufgrund eines Sputnikartikels, der im offenen Brief erwähnt ist, habe ich mir die Person Axel Fischer im Netz einmal genauer angeschaut.

Ich habe von ihm bei Wikipedia keinen Eintrag gefunden und ansonsten auch nur wenig. Eines hat mich aber erstaunt und zwar ein [Artikel in der TAZ vom 15.11.2010](#). In diesem wurde berichtet, dass Herr Fischer ein sog. Vermummungsverbot im Internet fordert. Das bedeutet, dass man nur mit Klarnamen und Hausnummer veröffentlichen dürfe.

Man macht sich darüber lustig. Ich finde es jedoch ungeheuer gut, weil wenn man mit Klarnamen schreibt, eine Hürde aufgebaut wird, um überaus drastisch bösartige Mitteilungen zu unterlassen. Dieser Druck würde der Vernunft helfen.

Aber nein, mit irgendeinem xxx2890 ist man ja geschützt.

Ja, geschützt ist man vor denen, die man beleidigt, beschimpft oder Ärgeres tut.

Die Geheimdienste aber können sehr genau nachverfolgen, wer hinter der einzelnen Adresse steht, außer der Schreiber ist so gut im Fachwissen, dass er seine Adresse völlig verschleiern kann. Das aber ist in den meisten Fällen nicht möglich. Und so kommt dann der Verdacht auf, dass solch bösartige Schreiben oftmals von den Geheimdiensten zumindest gefördert sind, um andere zu ähnlichen Ausuferungen zu provozieren, auf dass man diesen dann das Messer an den Hals setzen kann.

Soweit also meine Zustimmung zu Herrn Axel Fischer.

Die Aktion aber, über die im Sputnik berichtet wurde, ist schon etwas schmerzhaft für einen wissenden Geist. Umso mehr, wenn man dann auf die BT Seite von Herrn Fischer geht und ein Schreiben in Form eines Rechenschaftsberichts findet.

Dann wird dem rotzigen Querulanten Opelt der Hals dick und er muss Luft ablassen, was er mit dem unten stehenden „offenen Brief“ getan hat.

Ach ja, der Opelt hat sogar eine Empfangsbestätigung bekommen:

Read: Offener Brief an Herrn Axel Fischer MdB zur werten Kenntnisnahme

Von:

"Fischer Axel Wahlkreis" <axel.fischer.wk@bundestag.de>

An:

"Olaf Opelt" <hotel-adler-rc@online.de>

Datum:

12.02.2020 09:39:39

Ihre Nachricht

An: Fischer Axel Wahlkreis
Betreff: Offener Brief an Herrn Axel Fischer MdB zur werten Kenntnisnahme
Gesendet: Mittwoch, 12. Februar 2020 09:16:01 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Mittwoch, 12. Februar 2020 09:39:39 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien
gelesen.

Olaf Thomas Opelt

Siegener Str. 24

08523 Plauen

E-Post: hotel-adler-rc@online.de

Bundvfd.de

Olaf Thomas Opelt, Siegener Straße 24, 08523 Plauen

Abgeordnetenbüro

maledictus,

qui pervertit iudicium

Axel Fischer

Wir bitten in der Antwort Zeichen und

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Datum dieses Schreibens anzugeben

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Geschäftszeichen

Datum

oBaF1202

12.02.2020

Es wird darauf hingewiesen/ sollte sich in dem Schriftsatz auf das Grundgesetz und nachfolgende Gesetze bezogen werden/
so ist dies kein Anerkenntnis dieser/ sondern ein Hinweis darauf/ wie bei Geltung jener zu verfahren wäre

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Fischer,

auf Ihrer Seite fischer-mdb.de haben Sie, ich möchte es so ausdrücken, eine Art Rechenschaftsbericht

veröffentlicht.

Dass Bundestagsmitglieder ihren Wählern Rechenschaft ablegen, ist wohl eher weniger zu erleben. Sie tun das mit Ihrem Schreiben noch nicht einmal [am Ende des Wahlzeitraums](#), so dass man es als Wahlkampf bezeichnen könnte. Das möchte ich hier einmal so darstellen, dass Sie das auszeichnet.

Sie sind in der Stadt des Bundesverfassungsgerichts 1966 geboren. Sie sind evangelischer Bekenntnis, somit anzunehmen, dem christlichen Glauben verpflichtet. Sie haben eine Ausbildung zum Elektroinstallateur mit Ausbildungsabschluss eines Gesellenbriefs. Später haben Sie studiert, was ein Abitur voraussetzt und haben dieses Studium als Diplomingenieur abgeschlossen. Das erhebt Sie erst einmal über andere BT-Mitglieder, die ohne abgeschlossene Ausbildung oder aber nach Studienabbruch in die hohe Politik Eingang gefunden haben.

Der bekannteste dürfte ein ehemaliger Außenminister sein, der als einzige abgeschlossene Ausbildung einen Taxischein vorweisen konnte, denn ein Diplom für das Steinewerfen ist ihm wahrscheinlich nicht ausgestellt worden. Und trotzdem darf sich dieser inzwischen Professor nennen.

Sie haben sechs Kinder. Das macht Sie in meinen Augen (selbst das zweite Kind von sechs) zu einem Menschen, der für die Familie einsteht.

Sie haben auch Verbindung in die deutsche Geschichte als Vorsitzender des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge.

Daraus möchte man meinen, sind Sie dem Schwur unserer Ahnen „Nie wieder Krieg!“ verpflichtet.

Jetzt zu Ihrem von mir genannten [Rechenschaftsbericht](#).

Sie schreiben Ihre Leser als Mitbürger an.

Bürger in einem Staat sind die Staatsangehörigen.

Im Bericht selbst beziehen Sie sich hauptsächlich auf Klimaschutz sowie Außen- und Verteidigungspolitik. Für den Klimaschutz hat die derzeitige Bundeskoalition ein Klimapaket verabschiedet, dass auf den Pariser Klimagipfel von 2015 zurückgeht, so schreiben Sie es.

Wie wollen Sie Klima schützen, das eine ganz natürliche Sache ist und nur von der Sonne und dem Erdmagnetfeld beeinflusst wird?

Ich meine, die Eingriffe in das Klima gibt es tatsächlich, aber keineswegs durch den Menschen und das angebliche Treibhausgas CO₂, umgangssprachlich Kohlensäure genannt. Der Gehalt von CO₂ in unserer Luft beträgt gerade einmal 0,038%. Eine sehr wohl überaus geringer Bestandteil unserer Luft; bei weitem weniger als Stickstoff, der mit 78 % Bestandteil ist. Stickstoff aber wird gebraucht, damit die Lungen arbeiten können.

Über den Gehalt von CO₂ in der Luft und entsprechender Verbrennung von Kraftstoffen haben bereits Herr [Klaus Müller](#) und Herr [Jürgen Fritz](#) unabhängig voneinander ausgeführt und kommen zu dem Schluss, dass der Verbrauch von Brennstoff den CO₂ Gehalt der Luft kaum merklich erhöht. Letztendlich wird das CO₂ aber gebraucht um das Pflanzengedeihen zu unterstützen. Jede Verringerung des CO₂ würde weniger Pflanzenwachstum verursachen und dadurch auch die Nahrungsmittelproduktion zum Schlechten beeinflussen.

Ja, die tatsächlichen Eingriffe in das Klima erfolgen durch Unmenschen, in dem sie das elektromagnetische Feld der Erde mit sog. HAARP-Anlagen beeinflussen, damit das örtliche Klima. Dies stellt eine von mir

genannte Klimaverschiebung dar, die einerseits zu übernatürlichen Austrocknung, andererseits ebensolcher Niederschläge und künstlich erzeugter Stürme führt, was man als Wetterkrieg bezeichnen kann. Das wird aber derzeit von der hohen Politik als Verschwörungstheorie abgetan, um den marktwirtschaftlichen Emissionshandel nicht zu verhindern.

Marktwirtschaft wird unbedingt gebraucht um die Wirtschaft in sich übereinstimmend zu erhalten.

In der westlichen Welt ist aber klar eine freie Marktwirtschaft verankert, was bedeutet, dass der Stärkere den Schwächeren zerstört, also das Wirtschaftssystem im knallharten Konkurrenzkampf geführt wird, anstatt im fairen Wettbewerb, den der Bessere gewinnt. Von sozialer Marktwirtschaft konnte noch nie gesprochen werden, denn dieser Begriff, erfunden in letzten Zügen des Hitlerfaschismus, wurde nur gebraucht um die Tatsache, die aus dem Marshallplan heraus rührt, zu verschleiern. So werden dann letztendlich die Kosten des Emissionshandels und des Klimapakets auf die „Mitbürgerinnen und Mitbürger“ abgewälzt werden.

Verteidigungspolitik?

Gegen wen muss sich derzeit die BRD verteidigen? Welche Interessen werden am Hindukusch, in Mali, im Sudan verteidigt?

Und damit kommen wir doch glatt zu Frau Leyen, die von Ihnen in ihrer neuen Stellung als Kommissionspräsidentin der EU hervorgehoben wird.

Sie sind Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundestags. Wie kann eine solche Person hervorgehoben werden, der ein überaus unsachgemäßer Umgang mit externen Beratungsdienstleistungen vorgeworfen wird?

Und damit kommen wir gleich zum nächsten, dass sie auch in punkto EU-Kommission vorn Europa reden, das die EU keinesfalls darstellt. Denn Europa reicht bis zum Ural und bis zum Bosphorus. So ist auch der Begriff Deutschland, den Sie führen unsachgemäß, vor allem für ein Bundestagsmitglied.

Denn die [Außenstelle der Regierung](#) sagt klar, dass das derzeitige Gebiet nach wie vor offiziell als BRD bezeichnet wird.

Aber Sie schreiben ja selbst, dass Sie weniger Debatten für neue Ziele brauchen.

Sie bezeichnen die Landwirtschaft als wichtig, denn man muss daran denken, wer uns ernährt.

Auch dieser Aussage stimme ich zu, darum brauchen die Landwirtschaftsbetriebe einen fairen Rahmen, Planungs- und Rechtssicherheit. Ein fairer Rahmen sind gerechte Gesetze. Aber was ist z. B. mit den „respektiven“ Gesetzen zum Dioxin und Antibiotika, die von Frau Aigner (CSU) als Bundeslandwirtschaftschefin angesagt wurden? Was ist mit dem Naturschutz in bezug auf Nitrate, gerade wegen der Gülle, die aus dem Ausland importiert wird? Und was ist mit den industriellen Großmastanlagen, die nur mit Futter aus Übersee betrieben werden können?

Und jetzt als letzten Punkt noch zur Außenpolitik.

Und hier möchte ich Sie zitieren: *„Wenn wir gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und in der Nato bestehen wollen, müssen wir mehr leisten können.“*

Auch hier wieder statt EU Europa und dazu die Nato. Wer hat diese zwei Vereinigungen zu Partnern des deutschen Volkes gemacht? Oder meinen Sie mit dem „unseren“ gar nicht das deutsche Volk?

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass den einstigen Maastrichtvertrag das [französische](#) und das [niederländische Volk abgelehnt](#) haben; dieser darauf fast unverändert in den Lissabonvertrag geflossen ist

und nur noch dem irischen Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde. Dieses hat nach einer [hochnotpeinlichen](#) Beeinflussung im zweiten Anlauf diesem Lissabonvertrag als einziges Volk zugestimmt.

Entspricht das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker aus den zwei Menschenrechtspakten, die für die BRD im Zuge des Grundlagenvertrags mit der DDR 1973 rechtsverbindlich wurden, überein?

Stimmt der Nato-Vertrag, der im Zuge der Wiederbewaffnung der BRD erfolgte, mit diesem Selbstbestimmungsrecht überein?

Sie sind seit 1998 Mitglied im Bundestag und haben jetzt mit 52 anderen eine [Initiative](#) ergriffen um den Bundestag von 709 Sitzen auf 598 zu begrenzen. Dazu schlagen Sie vor, 299 Abgeordnete unmittelbar über das Mehrheitswahlrecht in den Bundestag zu führen. Also genau die unmittelbaren Abgeordneten aus den 299 Wahlkreisen, was dann dem Art. 38 GG entsprechen würde. Sie wollen aber dazu weitere 299 Abgeordnete über die Verhältniswahlen, die mittelbare Wahlen darstellen, in den Bundestag holen. Im Grunde genommen also grundgesetzwidrig. Sind diese zweiten 299 Abgeordneten notwendig um Ihren eigenen Platz im Bundestag zu sichern? Sind dadurch auch die dynamisch steigenden Renten beeinflusst, da bekannter Weise BT Mitglieder für diese keine Beiträge entrichten und dennoch nach abgessener Zeit reichlich bedacht werden?

Und nun möchte ich zum Abschluss meiner Rückmeldung, um die Sie in Ihrem „Rechenschaftsbericht“ gebeten haben, kommen.

In der neuen Präambel zum Grundgesetz steht folgend vermerkt: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

Nun bitte ich Sie, der Sie sich als Christ bezeichnen und den Vorsitz in einem Prüfungsausschuss des BT innehaben, mir doch bitte wahrheitlich mitzuteilen, wann dieser verfassungsgebende Kraftakt tatsächlich stattgefunden hat und wo dieser festgehalten ist.

In der Hoffnung auf eine wertige Antwort
verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Opelt

Plauen, 12.02.2020